

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor einigen Jahren konnte man den Eindruck bekommen, die Beschäftigung mit Atomwaffen sei nur noch etwas für Spezialisten. Doch inzwischen kann jeder, der die Medien verfolgt, feststellen, dass die Atomwaffen weiterhin genau wie der Klimawandel eine Bedrohung für die Menschheit als ganzes darstellen.

Vor drei Wochen warnte das renommierte schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI vor einem neuen atomaren Wettrüsten: Inmitten weltweit zunehmender politischen Spannungen seien Russland und die USA dabei, eine neue Generation nuklearer Waffensysteme zu entwickeln, darunter Atomsprengköpfe, Raketen- und Flugzeugträgersysteme. So setzen beispielsweise die USA auf neue Atomwaffen mit geringerer Sprengkraft, die demnach gezielter eingesetzt werden können, aber trotzdem extrem zerstörerisch sind. Nach Einschätzung der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) sinkt durch die sogenannten Mini-Nukes die Hemmschwelle, nukleare Waffen einzusetzen.

Was würde das bedeuten. Heute existieren weltweit über 13.000 Atomsprengköpfe, davon 90% in Händen der USA und Russland. Der Sprengkraft all dieser Waffen entspricht der von ca. 150.000 Hiroshima-Bomben, der Bombe, die am 6. August 1945 die japanische Großstadt völlig zerstörte und bis zu 80.000 Menschen auf der Stelle tötete. Insgesamt starben bis 1945 bis zu 160.000 Menschen durch die Folgen der Atombombe. Wissenschaftler haben berechnet, dass schon ein regionaler Atomkrieg mit dem Einsatz von 50 heutigen Sprengköpfen 20 Mio Menschen direkt das Leben kosten würde. Es käme zu weitverbreiteter radioaktiver Verseuchung. Die durch die große Hitze ausgelösten Brände würden 5 Mio. Tonnen Asche in die Luft wirbeln, was zu einer Verdunkelung der Stratosphäre führen würde. Dies hätte einen weltweiten Temperaturabsturz zur Folge mit katastrophalen Folgen für die Landwirtschaft und die Natur.

In den letzten Monaten hat bei uns eine Debatte über Atomwaffen in Deutschland an Fahrt aufgenommen. Zu Ostern kündigte Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer an, einen neuen Atombomber für die Bundeswehr anschaffen zu wollen. Damit sollen auch weiterhin die in Büchel in der Eifel stationierten US-Atombomben durch die Bundesluftwaffe im Kriegsfall ins Ziel geflogen werden, was bisher durch veraltete Tornado-Flugzeuge geschehen kann. Offiziell hat Deutschland auf den Besitz von Atomwaffen verzichtet, doch über den gerade beschriebenen Umweg ist unser Land doch in die mögliche Atomkriegsführung der NATO eingebunden. Das nennt man die Nukleare Teilhabe.

Die Friedensbewegung protestiert schon lange gegen die Atombomben in Büchel, doch nun hat sich der Fraktionsvorsitzende der Regierungspartei SPD, Rolf Mützenich öffentlich gegen den neuen Atombomber geäußert und die Nukleare Teilhabe in Frage gestellt. "Atomwaffen auf deutschem Gebiet erhöhen unsere Sicherheit nicht, im Gegenteil" erklärte Rolf Mützenich in einem Interview.

Sofort gab es heftigen Gegenwind von Militärs und konservativen Politiker. Nur durch die Nukleare teilhabe könne Deutschland mitentscheiden über den Einsatz von Atomwaffen der NATO und außerdem habe Russland ja auch Atomwaffen, die sollten erst mal abgerüstet werden. Fachleute wiesen jedoch darauf hin, dass aktuell die USA sich nicht nur politisch sondern auch waffentechnisch immer mehr autonom aufstellen und es daher immer unwahrscheinlicher werde, dass sie ausgerechnet Deutschland über den Einsatz von Atomwaffen in Europa mitentscheiden lassen würde.

Gegen russische Atomwaffen bieten die Atombomben in Büchel keinen Schutz. ganz im Gegenteil sind solche Stützpunkte genau wie auch der Ausweichflughafen in Nörvenich hinter

Köln erstrangige Ziel eine möglichen Atomschlages mit entsprechenden Folgen für uns hier in NRW.

Wenn niemand den Anfang macht, kommt keine Bewegung in die weder neu verkrusteten Positionen von USA und Russland. Doch ein Ausstieg Deutschlands aus der Nuklearen Teilhabe könnte eine Signal sein, sich wieder ernsthaft an den Verhandlungstisch zu setzen und über weiter Abrüstungsschritte zu beraten. Der letzte noch gültige atomare Abrüstungsvertrag, der "New Start Vertrag" droht auszulaufen, ohne dass neue Verhandlungen anstehen. Hier müssten Deutschland und auch die anderen europäischen NATO-Staaten Druck machen und solche Verhandlungen einfordern. Ein Atomkrieg in Europa würde die Zerstörung unseres Kontinents bedeuten, diese Erkenntnis ist vielen seit den 80er Jahren bewusst. "Besuchen sie Europa, solange es noch steht", lautet damals ein bekannte Liedzeile. Heute droht sich die gefährliche Lage von damals zu wiederholen. Das dürfen wir nicht zulassen. Wir sagen nein zu neuen Atombombern für die Bundeswehr!

Heute weht hier am Rathaus die Flagge der Mayors for Peace und wir freuen uns, dass Bürgermeisterin Leidemann sich hier mit den Mayors for Peace engagiert. Der Bürgermeister von Hiroshima hat diese weltweite Initiative der Bürgermeister ins Leben gerufen, die sich für eine Welt ohne Atomwaffen stark machen. Jeweils am 8. Juli werden dies Fahnen gehisst, an dem Tag an dem der Internationale Gerichtshof in Den Haag 1996 den Einsatz von Atomwaffen für völkerrechtswidrig erklärte. Wenn an keine Atomwaffen einsetzen darf, braucht man sie auch nicht vorhalten. Wer es dennoch tut, handelt gegen das Völkerrecht. Um diese völkerrechtliche Aussage noch zu verstärken, hat die UNO 2017 einen Atomwaffenverbotsvertrag verabschiedet. Wenn 50 Staaten ihn ratifiziert haben, tritt er in Kraft.

Setsuko Thurlow, eine Überlebende (Hibakusha) der Atombombenabwürfe, sagte dazu : „Neun Nationen drohen noch immer damit, ganze Städte in Schutt und Asche zu legen, das Leben auf der Erde zu zerstören und unsere schöne Welt für zukünftige Generationen unbewohnbar zu machen. Die Entwicklung von Kernwaffen bedeutet nicht den Aufstieg eines Landes zu Größe, sondern seinen Abstieg in die dunkelsten Tiefen der Verderbnis. Diese Waffen sind kein notwendiges Übel, sie sind das ultimative Übel.

Am 7. Juli diesen Jahres war ich von Freude überwältigt, als die große Mehrheit der Nationen der Welt dafür stimmte, den Vertrag über das Verbot von Atomwaffen anzunehmen. Nachdem ich die Menschheit in ihrer schlimmsten Form erlebt hatte, erlebte ich an diesem Tag die Menschheit in ihrer besten. Wir Hibakusha haben 72 Jahre auf dieses Verbot gewartet und wir hoffen, dass dies der Anfang vom Ende der Atomwaffen sein wird.“

Bis jetzt weigert sich Deutschland wie auch die anderen NATO-Staaten, diesen völkerrechtlichen Vertrag zu unterzeichnen. Doch 38 andere Staaten haben dies bereits getan und es ist nur eine Frage der Zeit, bis er in Kraft tritt. Nach einer gestern von Greenpeace veröffentlichten repräsentativen Umfrage sind 92% der Bevölkerung dafür, dass Deutschland den UN-Vertrag unterzeichnet. Und auch wir rufen heute hier die deutsche Regierung auf, sich nicht weiter quer zu stellen und den UN-Vertrag zu unterzeichnen. Mit uns tut diese auch eine Gruppe von Abgeordneten verschiedener Parteien im Bundestag, zu der auch der Wittener Bundestagsabgeordnete Ralf Kapschack gehört. Unsere Regierung wird nicht müde, die Bedeutung von Völkerrecht und Menschenrechten zu betonen. Hier kann sie konkret etwas dafür tun. Frau Merkel, unterzeichnen Sie den Atomwaffen-Verbotsvertrag!

Russland und die NATO befinden sich in einem Zustand strategischer Instabilität. Beide Seiten streiten sich wieder rum Einflusszonen, es gibt gegenseitige Konfrontationen, waffenstrotzende Manöver werden abgehalten, wie gerade das durch Corona eingeschrumpfte

Defender-Manöver der NATO in Osteuropa. Auf der anderen Seite gibt es die Entwicklung neuer Waffensysteme, die die gegnerische Abwehr überwinden sollen und so den Gegner verunsichern. Und all das wird nicht abgesichert durch Verhandlungen über Rüstungskontrolle oder gar Abrüstung und Entspannung, wie es zum Ende des Kalten Krieges der Fall war. All das macht die Welt, macht gerade die Situation hier in Europa extrem gefährlich. Die Atomwaffen sind dabei nur ein Teil der gegenseitigen Bedrohung, wenn auch der gefährlichste. Aber wenn man hier zu neuen Verhandlungen kommen würde, könnte das auch in anderen Bereichen zu einer Entspannung führen. Im August vor 75 Jahren explodierten über Hiroshima und Nagasaki die ersten Atombomben. Wir rufen dazu auf, in diesem Gedenkjahr der deutschen Außenpolitik eine neue Wendung zu geben, Nein zu sagen zu neuen Atombomben für die Bundeswehr, nein zur Nuklearen Teilhabe und ja zu sagen zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag.

---